

# Der sächsische Erzähler,

## Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Er erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Wirtinns und Sonntagsabends erscheinenden „Belletristischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 80 J. ersuchte Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspresse 6587.

#### Versprechelle Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

#### Vierundsechzigster Jahrgang.

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Auf Blatt 367 des hiesigen Handelsregisters ist heute die am 18. Januar 1910 mit dem Sitze in Bischofswerda errichtete offene Handelsgesellschaft unter der Firma **Wibin Reier & Co.** eingetragen worden.

Gesellschafter sind der Kaufmann **Wibin Reier** in Cunnersdorf bei Neddingen, der Kaufmann **Max Räther** in Bischofswerda und der Privatmann **Max Bilz** daselbst.

Zur Vertretung der Gesellschaft sind nur je zwei Gesellschafter in Gemeinschaft berechtigt.

Angegebener Geschäftsweig: **Betrieb einer Webfabrik.**

**Bischofswerda**, am 19. Januar 1910.

#### Königliches Amtsgericht.

**Donnerstag, den 27. Januar 1910**, mittags 12 Uhr, soll in **Obernentrich 1 grüner Eichenstein (Denkmalaussatz)** gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: **Rehmanns Restauration.**

**Bischofswerda**, am 19. Januar 1910.

#### Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

#### Die neue Fortschrittspartei.

Seit Jahren schon datieren die Bestrebungen, die verschiedenen Arten des deutschen Liberalismus unter einen Hut zu bringen. Stets aber vereitelte die berühmte deutsche Eigenbrödelei diese Bemühungen, jede der liberalen Fraktionen hielt eben ihr besonderes Programm aufrecht. Jetzt endlich ist durch gegenseitiges Nachgeben wenigstens das eine erreicht, daß die drei linksliberalen Parteigruppen, also die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die süddeutsche Volkspartei, sich zu einer einheitlich organisierten Partei zusammengeschlossen haben. Es ist dies durch den Beschluß des soeben in Berlin versammelt gewesenen Gesamtausschusses der freisinnigen Volkspartei geschehen, wonach die Anträge des Biereraussschusses der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des Reichstags betreffs der Verschmelzung der drei linksliberalen Gruppen einstimmig gebilligt worden sind. Die Vereinigungen hatten schon die vorher stattgefundenen Parteitage der freisinnigen Vereinigung in Berlin und der süddeutschen Volkspartei in Stuttgart zugestimmt, es bleibt nur noch die formelle Zustimmung des auf den 5. März nach Berlin einberufenen allgemeinen Delegiertentags der freisinnigen Volkspartei übrig, und diese Zustimmung ist zweifellos. Am 6. März findet sodann gleichfalls in Berlin der erste konstituierende Parteitag der neuen liberalen Partei statt, die hierbei, wie ebenfalls schon feststeht, offiziell den Namen „Fortschrittspartei“ erhalten wird.

Sicherlich ist die Begründung der neuen Fortschrittspartei von dem Standpunkt aus, daß das Parteiwesen in Deutschland an großer Zersplitterung krank, nur mit Befriedigung zu begrüßen, es sind wenigstens jetzt zwei Parteien weniger vorhanden. Eine andere Frage ist es, welchen Einfluß und welche Bedeutung die neue liberale Partei im politischen Leben und vor allem in der Gesetzgebung Deutschlands erlangen wird. Im Reichstag repräsentieren die Vertreter der neuen Partei ungefähr 50 Köpfe, das ist also etwa ein Achtel der gesamten Volksvertretung, und da muß man allerdings sagen, daß diese Ziffer gerade nicht imponierend ist. Indessen, im politischen Leben ist ja die nackte Zahl durchaus keineswegs immer ausschlaggebend, es kommt viel darauf an, daß eine Partei, auch wenn sie an Mitgliederzahl nicht gerade besonders groß ist, bedeutende Führer und überhaupt hervorragende Persönlichkeiten in ihrer Mitte aufweist, und daß die neue Fortschrittspartei des Reichstags derartige geistige Kapazitäten eine ganze Anzahl besitzt, erprobte Parlamentarier und Politiker, das ist ja hinlänglich bekannt. Mindestens wird aber die neue Partei imstande sein, durch ihr ge-

schlossenes Auftreten mehr Einfluß zu erzielen und einen größeren Eindruck machen, als dies bei der bisherigen Zersplitterung des parlamentarischen Linksliberalismus in drei Gruppen der Fall sein konnte, zumal, da diese Gruppen häufig gesondert vorgingen, ja, nicht selten einander in dieser und jener Frage bekämpften. Dies fällt nun mit ihrer Verschmelzung hinweg, sie repräsentieren jetzt ein einheitliches und gutorganisiertes Ganzes, und wenn die neue Fortschrittspartei einsichtsvoll und verständnisvoll geleitet wird, so kann dies nur zur Befestigung ihrer Stellung im Parlament wie im Lande dienen.

Was die anlässlich der Verschmelzung der linksliberalen Gruppen hier und da in der Presse erörterte alte Frage der Gründung einer einzigen großen liberalen Partei in Deutschland, zu der also auch die Rechtsliberalen, die Nationalliberalen gehören würden, anbelangt, so ist der Zeitpunkt für eine Verwirklichung dieses Projekts offenbar noch lange nicht gekommen. Vestehe doch nach wie vor so manchen mehr oder weniger wichtigen Problemen gegenüber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Linksliberalen und der nationalliberalen Partei, so daß für absehbare Zeit noch an keine Verschmelzung der beiden liberalen Richtungen zu denken ist. Möglich ist es allerdings, daß die neue Fortschrittspartei in ein gewisses freundschaftliches Verhältnis zur nationalliberalen Partei tritt und von einem solchen könnten gewiß alle beiden Parteien profitieren.

#### Deutsches Reich.

Im Fortgang der diesjährigen Winterfestlichkeiten am kaiserlichen Hof fand am Dienstag das Fest des Schwarzen Adler-Ordens im Berliner Residenzschloß in der herkömmlichen Weise statt. Zunächst nahm der erlauchte Ordensmeister, der Kaiser, mit den kapitelfähigen Rittern den Aufnahmemaß vor und hielt das Kapitel ab. Anwesend waren der Kronprinz, die Prinzen des königlichen Hauses, die fürstlichen Ordensritter und die anderen kapitelfähigen Ritter. In üblicher Weise fand die feierliche Einsegnung der Ritter statt; die diesmal zu je drei vorgenommen wurde; zuerst die des Prinzen von Rumänien und der Prinzen Friedrich Sigismund von Preußen und Georg von Bayern, danach die des Herzogs von Sachsen-Altenburg, des Erbprinzen Heinrich XXVII. von Reuß j. L. und des Herzogs Adolph Friedrich von Mecklenburg. Bei diesen fungierten Prinz Friedrich Leopold und Prinz Oskar als Paten. Die letzten drei Ritter, Generale von Finem, v. Rolke und v. Bülow, wurden von Generaloberst von Pleßen und Generaladjutant v. Kessel als Paten geleitet. Im Kapitelsaal hielt der

Kaiser ein Ordenskapitel in Gegenwart von 49 Rittern ab.

Von einer Reise des Kronprinzen zur Eröffnung der deutschen Abteilung der Weltausstellung in Brüssel ist an den zuständigen Stellen nichts bekannt.

Der Seniorenkonvent des Reichstags versuchte am Dienstag, sich über eine Ungeklärtheit der Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern zu verständigen; er wird deshalb noch einmal zusammentreten. Die neulich aufgetorfene Streitfrage über die Handhabung der Rednerliste bei der Besprechung von Interpellationen führte zu einer Verständigung dahin, daß jedenfalls die interpellierende Partei noch einmal zu Wort kommen solle.

Der Reichstag verhandelte am Dienstag über die vom Abgeordneten Sachsse begründete Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion betreffs des Bergmannstreiks im Mansfelder Revier. In etwa zweistündiger Rede behandelte der Redner durchaus vom sozialdemokratischen Standpunkt aus das Thema. Er wandte sich namentlich scharf gegen die Entsendung von Militär in das Ausstandsgebiet und brachte eine Reihe von Beschwerden der Bergarbeiter vor, sich hierbei in heftigen Angriffen auf die Mansfelder Grubenverwaltung ergebend. Auch das Verhalten des Truppenkommandos kritisierte der sozialdemokratische Sprecher sehr abfällig. In seiner Erwiderung wies der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Delbrück, nach, daß die Entsendung von Militär in das Mansfelder Streikgebiet durchaus gesetzlich gewesen sei. Im übrigen ging Herr Delbrück auf die Interpellation nicht weiter ein. Nach dem Staatssekretär ließ sich der preussische Kriegsminister, General von Heeringen, vernehmen. Er wies die abfällige Kritik des sozialdemokratischen Redners an dem Verhalten des Militärs im Mansfelder Streikgebiet als unberechtigt zurück und bezeichnete die Mitführung von Maschinengewehren bei den Truppen als vollkommen zulässig. Weiter verbreitete sich der Kriegsminister, öfters durch lärmende Zurufe seitens der Sozialdemokraten unterbrochen, über verschiedene Einzelheiten beim Auftreten des Militärs gegenüber den Streikenden. In der Diskussion über die Interpellation schilderte Abg. Arend (Reichsp.), der Vertreter des Mansfelder Reichstagswahlkreises, seine auf persönlichen Studien beruhenden Eindrücke von der Stimmung im Streikgebiet und billigte durchaus die Heranziehung des Militärs. Abg. Fleischer vom Zentrum trat gegenüber der Sozialdemokratie für den katholischen Teil der Mansfelder Bergleute ein und kritisierte die Agitation der sozialdemokratischen Emissäre unter den Streikenden sehr abfällig. Auch die Abgeord-